



mit Infografik
„Klimaanpassung in Städten“



11011

Der Kommunalbrief

Drittes Quartal 2019 | Q3

Meilenstein Strukturstärkungsgesetz für Land und Leute

Die Energiewende ist in vollem Gange. Ende August 2019 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Strukturentwicklung in den Kohleregionen beschlossen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um den betroffenen Regionen Planungs- und Rechtssicherheit zu geben. Neben der Sicherheit über zur Verfügung stehende finanzielle Mittel braucht es eine Planungsbeschleunigung, um beim Bau von Straßen und Schienen, sowie beim schnellen Internet zügig voran zu kommen.

Der Kohleausstieg ist der Grund und Bedingung für die Gewährung der Strukturhilfen. Um einen nachhaltigen Strukturwandel in den betroffenen Regionen zu ermöglichen und perspektivisch neue Wirtschaftszweige zu etablieren, müssen die Strukturhilfen dem Kohleausstieg zeitlich voraus gehen. Im Entwurf wird das Inkrafttreten des Investitionsgesetzes Kohleregionen jedoch mit dem Zeitpunkt der Verkündung des Kohleausstiegsgesetzes verknüpft.

Dies widerspricht einerseits dem Grundkonsens der Kommission „WSB“, der den Strukturwandel in den Regionen als zwingende Voraussetzung eines Kohleausstiegs angesehen hat. Die vorgesehene Verknüpfung dreht dieses Verhältnis um und gefährdet ein zügiges Angehen der Strukturhilfen, die in überwiegend auf sehr langfristige Maßnahmen zielen.

Zum anderen ist bislang weder der Entwurf für ein Kohleausstiegsgesetz für die Steinkohle bekannt, noch sind die Verhandlungen zur Braunkohle weit fortgeschritten. Hier brauchen wir mehr Tempo.

Ebenso muss dringend die KWK-Novelle auf den Weg gebracht werden, dass der Wechsel von Kohle auf die klimafreundliche Gas-KWK zügig gelingt.

Schwerpunkte dieser Ausgabe



In dieser Ausgabe zeigen wir, wie ein CO₂-Preis im Gebäude- und Verkehrssektor gelingt, wie Bürger sich für saubere Städte und Umwelt engagieren und erklären, warum kommunale Unternehmen künftig noch enger mit den Feuerwehren kooperieren.

Editorial.....1
Windenergie.....2
Stadtsauberkeit.....3
Grafik Klimaanpassung in Städten.....4/5
Glasfaserausbau.....6
Aktuelle Themen.....7
VKU Nachrichten.....8



Direkt zu

[VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche zum Kabinettsbeschluss eines „Strukturstärkungsgesetzes“](#)



Beschleunigungs- und Akzeptanzprogramm für die Windenergie

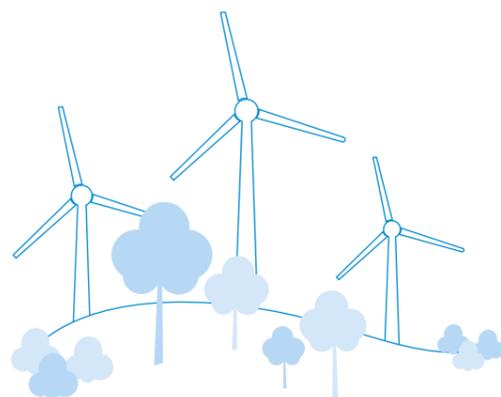
Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 65 Prozent steigen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss vor allem die Windenergie an Land zügig ausgebaut werden.

Aktuelle Ausbautzahlen und die jüngsten Ausschreibungsergebnisse belegen aber: Der Ausbau der Windenergie stagniert. Die Hauptursache dafür ist die schlechte Genehmigungslage. Es besteht dringender Handlungsbedarf, damit der Energiewende nicht die Puste ausgeht.

Bereits vor dem Windenergiegipfel des Bundeswirtschaftsministeriums Anfang September, an dem auch der VKU teilnahm, appellierte der VKU auf einer Pressekonferenz mit dem Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität (IKEM), Planungssicherheit für Windkraftanlagenbetreiber und beschleunigte Genehmigungsverfahren zu schaffen. Gleichzeitig muss die Akzeptanz in der Bevölkerung gesteigert werden. Dies kann durch profitable Standortvorteile wie die finanzielle Beteiligung von Kommunen oder gezielte Unternehmensansiedlungen gelingen.

Der VKU hat daher ein Beschleunigungs- und Akzeptanzprogramm für die Windenergie vorgelegt, das u.a. beinhaltet:

- **Festlegung der jährlichen Windenergieausbaupfade im EEG, um das 65%-EE-Ziel zu erreichen**
- **Vorgabe verbindlicher Ziele für die Flächenausweisung der Länder durch den Bund**
- **Vereinheitlichung und Beschleunigung bei den Genehmigungsverfahren, zum Beispiel durch Verkürzung der Fristen für die Stellungnahmen beteiligter Behörden oder Festlegung eines bundesweit einheitlichen Berechnungsverfahrens für Schallimmissionen**
- **Neubewertung des tatsächlich erforderlichen Anlagenschutzbereichs um Funknavigationsanlagen durch die Deutsche Flugsicherung (DFS)**



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Einweg und Kippe aus Plastik: Ex und Hopp bald nicht mehr zum Nulltarif

Um in Europa für einen nachhaltigeren Umgang mit Plastik zu sorgen, hat die EU im Mai 2019 die Kunststoffrichtlinie verabschiedet. Diese sieht u.a. vor, dass sich Hersteller von Zigaretten und weiteren Plastik-Einweg-Produkten finanziell an der Reinigung und Entsorgung beteiligen müssen, wenn die Abfälle im öffentlichen Raum anfallen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat eine zügige Umsetzung der Richtlinie angekündigt, was der VKU begrüßt.

Konkret geht es um folgende Leistungen:

- **Reinigung von öffentlichen Flächen,**
- **Entsorgung und Behandlung der Abfälle aus Straßenpapierkörben sowie Kehricht,**
- **Sensibilisierungsmaßnahmen für Abfallvermeidung und gegen Littering.**

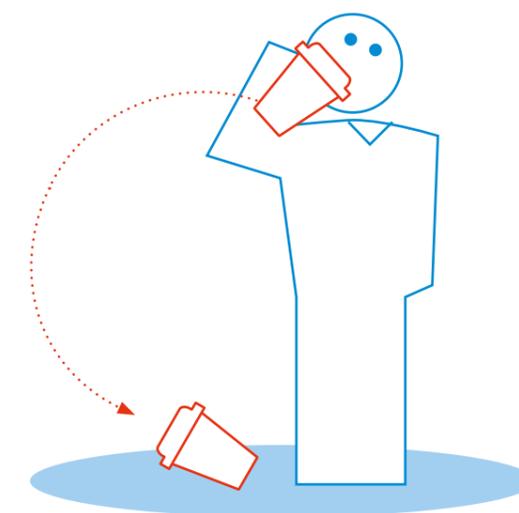
VKU-Präsident Michael Ebling: „Die Kosten der Stadtreinigung werden bisher über Straßenreinigungsgebühren und die kommunalen Haushalte finanziert. Gut, dass sich die Hersteller bald finanziell an den Folgen ihrer umweltschädigenden Ex-und-Hopp-Geschäftsmodelle beteiligen werden. Das ist nur gerecht. Außerdem entstehen so für alle Akteure neue Anreize, auf abfallarme Alternativen, etwa auf Mehrwegbecher, umzusteigen.“

Um dem Gesetzgeber eine solide Datenbasis bezüglich des kommunalen Reinigungs- und Entsorgungsaufwands zu verschaffen, startet der VKU eine deutschlandweite, breit angelegte Studie. Dabei wird ermittelt, wie hoch der Anteil der betreffenden Einweg-Produkte an den Straßenabfällen ist. Mithilfe dieser Daten kann sich der Gesetzgeber dann ein realistisches Bild vom ökonomischen Aufwand verschaffen und so die Herstellerbeiträge festlegen.

Auf einer Pressekonferenz am 12. August 2019 haben Svenja Schulze und Michael Ebling ihr gemeinsames Vorgehen zur Umsetzung der Herstellerverantwortung vorgestellt. Der VKU wird die Ergebnisse der Studie im Sommer 2020 der Öffentlichkeit vorstellen.



Immer mehr To-Go-Verpackungen aus Plastik landen im Straßenkehricht



2,8 Mrd.

Einwegbecher nutzen die Deutschen pro Jahr.
(Quelle: UBA 2019)

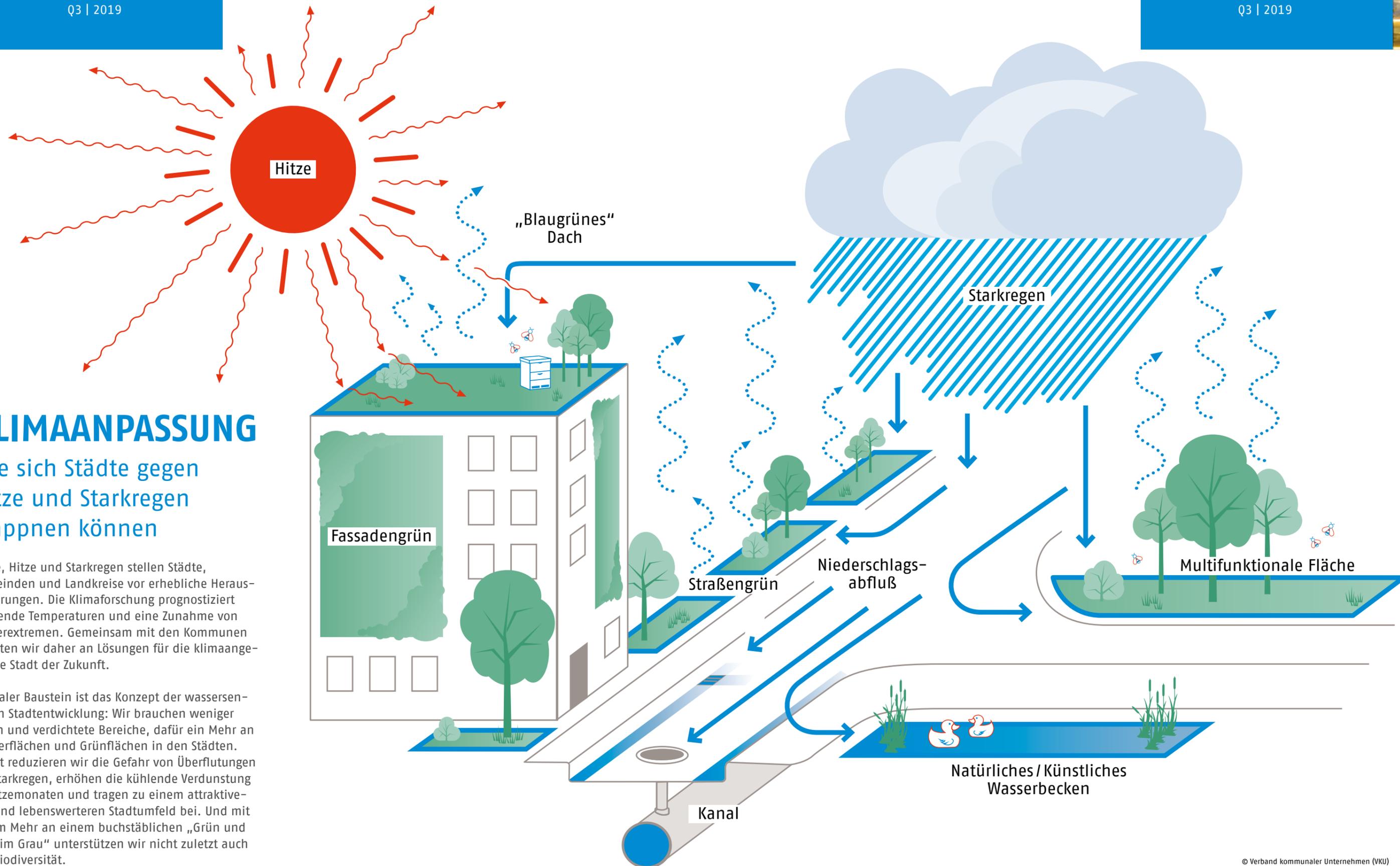
© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

KLIMAAANPASSUNG

Wie sich Städte gegen Hitze und Starkregen wappnen können

Dürre, Hitze und Starkregen stellen Städte, Gemeinden und Landkreise vor erhebliche Herausforderungen. Die Klimaforschung prognostiziert steigende Temperaturen und eine Zunahme von Wetterextremen. Gemeinsam mit den Kommunen arbeiten wir daher an Lösungen für die klimaangepasste Stadt der Zukunft.

Zentraler Baustein ist das Konzept der wassersensiblen Stadtentwicklung: Wir brauchen weniger Beton und verdichtete Bereiche, dafür ein Mehr an Wasserflächen und Grünflächen in den Städten. Damit reduzieren wir die Gefahr von Überflutungen bei Starkregen, erhöhen die kühlende Verdunstung in Hitzemonaten und tragen zu einem attraktiveren und lebenswerteren Stadtumfeld bei. Und mit einem Mehr an einem buchstäblichen „Grün und Blau im Grau“ unterstützen wir nicht zuletzt auch die Biodiversität.





Für Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt in der digitalen Zukunft



Die Gigabit-Republik
Deutschland braucht ein starkes
digitales Fundament – daher:

Glasfaser für Stadt und Land.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

TKG-Novelle: Glasfaserausbau braucht klugen Rechtsrahmen

Industrie 4.0 für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, Smart Regions für gleichwertige Lebensverhältnisse: Die Gigabit-Republik braucht ein starkes digitales Fundament aus Glasfaser. Für die Bundesregierung hat der Weg in die Gigabit-Gesellschaft oberste Priorität. Bis 2025 will sie den Ausbau der Gigabit-Netze forcieren – per Netzinfrastrukturwechsel von Kupfer zu Glasfaser, Basis für das schnellste Netz und den Mobilfunk 5G. Im Herbst will die Bundesregierung einen Entwurf für eine umfangreiche Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vorlegen, auch um die neuen EU-TK-Vorgaben umzusetzen und ein Recht auf schnelles Internet einzuführen.

Für den Verband kommunaler Unternehmen (VKU), Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) und Bundesverband Glasfaseranschluss (BUGLAS), die zusammen nahezu alle Wettbewerber im Glasfaserausbau vertreten, steht fest: Die TKG-Novelle ist die Chance für einen klugen, rechtlichen und regulatorischen Rahmen, um Deutschland zu einer echten Gigabit-Gesellschaft zu machen. Ob Vorrang für Glasfaser vor notdürftig per Vectoring aufgerüsteter Kupfernetze, Glasfaser bis in die Wohnung statt nur bis an den Bordstein (FTTB/H) – die TKG-Novelle muss dafür klare Regeln schaffen:

- **Qualität statt Kupfer: Vorrang für Glasfaser bis in die Wohnung (FTTB/H), marktverhandelte Open-Access-Lösungen.**
- **Rechtssicherheit: Nach dem DigiNetz ist die TK-Novelle erneut die Chance, Wettbewerbsnachteile abzubauen und Rechtssicherheit zu schaffen.**
- **Anreize: Nachfrage über Anreize wie Voucher stimulieren.**
- **5G für alle: Wettbewerb durch Diensteanbieterpflichtung beleben; regionale Frequenzen zulassen, mit denen kommunale Unternehmen die Smart Cities bauen.**

VKU-Ansprechpartner:

Thomas Abel
Geschäftsführer Wasser/Abwasser
und Telekommunikation
abel@vku.de



www.vku.de/kommunalbrief-q3-2019

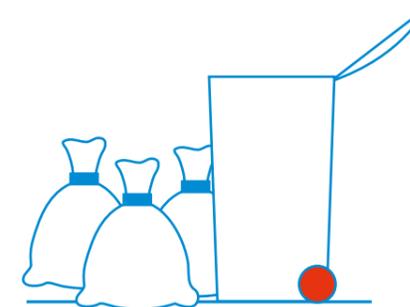
---> Hier gelangen Sie mit einem SCAN zu den Meldungen und den angegebenen Links

Themen, die uns beschäftigen

1 | Wie ein CO₂-Preis ausgestaltet werden sollte

Wettbewerbsfähigkeit, Planungssicherheit, Sozialverträglichkeit: BDEW, BDI, DGB, DIHK und VKU stellen in einem gemeinsamen Impulspapier Leitplanken für eine CO₂-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr (Nicht-ETS) vor.

- > Vorschlag der Verbände im [Handelsblatt](#)
- > VKU-Gutachten zur [sektorübergreifenden CO₂-Bepreisung](#)



3 | Warum Littering uns alle angeht

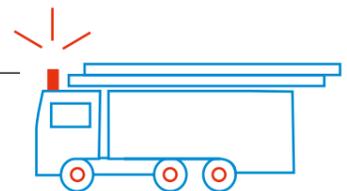
89.000 Freiwillige setzten 2019 ein Zeichen gegen das Wegwerfen von Abfällen in die Umwelt. Die bundesweite Bilanz von „Let's Clean up Europe“ kann sich sehen lassen: Sie sammelten bei 3.500 Aufräumaktionen 535 Tonnen Abfall.

- > Unsere [Pressemitteilung zum Thema](#)
- > Mehr dazu in der [ZfK](#)

2 | Warum Blaulicht und Gelblicht eng zusammenarbeiten

In Zeiten grundlegender Veränderungen sind die Feuerwehren und kommunalen Unternehmen verlässliche Partner vor Ort. Mit einer Kooperationsvereinbarung stellen der Deutsche Feuerwehrverband und VKU ihre Zusammenarbeit heraus.

- > Gemeinsame [Pressemitteilung zur Kooperationsvereinbarung](#)
- > Mehr dazu in der [ZfK](#)



4 | Wir hatten Grund zu feiern: Sommerfest und Festakt-Matinée 70 Jahre VKU

Im Juni lud der VKU nicht nur zum Parlamentarischen Sommerfest: Unser 70. Jubiläum feierten wir bei einer Matinée in der Britischen Botschaft. Festredner waren u.a. Joachim Gauck, Bundespräsident a.D. und Stephan Weil, Niedersächsischer Ministerpräsident.

- > Bildergalerie zur [Festakt-Matinée 70 Jahre VKU](#)
- > Bildergalerie zum [Parlamentarischen Sommerfest](#)



Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
 Fon +49 30 58 58 0-0
 Fax +49 30 58 58 0-100
 info@vku.de

www.vku.de



Immer up to date mit
 unserem digitalen Newsletter

Monatlich up to date sein mit den VKU Nachrichten

Von Energie- und Wasserversorgung über Abwasser- und Abfallentsorgung zu Stadtsauberkeit und schnellem Internet: Der VKU informiert mit dem Mailingformat **VKU Nachrichten** monatlich über aktuelle Themen der Stadtwerke und kommunalen Unternehmen.

Der Clou: Sie können sich Ihren eigenen Kommunikationsmix aus den für Sie relevanten Themenfeldern selbst zusammenstellen und bei Bedarf jederzeit anpassen. Zu jeder Branche (Energie, Wasser und Abwasser, Telekommunikation und Abfallwirtschaft) können Themen ausgewählt und kombiniert werden, so dass der Newsletter jeden Abonnenten individuell informiert.

Ergänzt wird das Mailingformat durch ein Editorial, ein aktuelles Aufmacher-Thema, mit dem der VKU auf besonders wichtige Themen aufmerksam macht sowie eine Terminübersicht zu bevorstehenden Veranstaltungen.

In wenigen Klicks zur schnellen Anmeldung

Den VKU-Newsletter können Sie unter <https://www.vku.de/newsletter> abonnieren. Setzen Sie dafür in Schritt zwei den Haken bei „VKU Nachrichten“ und wählen Sie anschließend Ihr bevorzugtes Interessensgebiet.



Direkt zur
[Newsletter-Anmeldung](#)



Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 268.000 Beschäftigten wurden 2017 Umsatzerlöse von mehr als 116 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 10 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen große Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 61 Prozent, Erdgas 67 Prozent, Trinkwasser 86 Prozent, Wärme 70 Prozent, Abwasser 44 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 68 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr kommunale Unternehmen engagieren sich im Breitband-Ausbau. Ihre Anzahl hat sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt: Rund 180 Unternehmen investierten 2017 über 375 Mio. EUR. Seit 2013 steigern sie jährlich ihre Investitionen um rund 30 Prozent und bauen überall in Deutschland zukunftsfähige Infrastrukturen (beispielsweise Glasfaser oder WLAN) für die digitale Kommune aus.